

Ohne Schuldenwirtschaft keine BVG-Renten

RUDOLF RECHSTEINER*

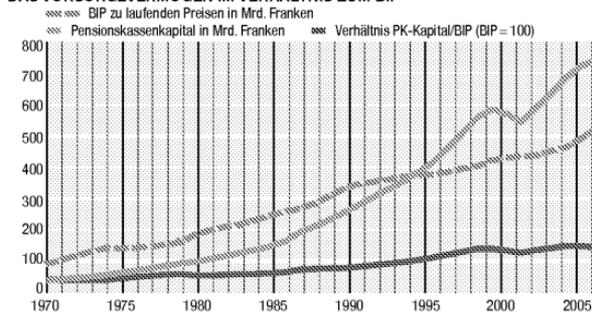
Im Jahre 1983 erschien das Buch «Das 200-Milliarden-Geschäft». Das Pensionskassen-Obligatorium war beschlossene Sache. Der Titel erregte Aufsehen. Ich schrieb damit einen Bestseller. 200 Milliarden Franken – das war damals ein hoher Betrag. Das Vermögen der 2. Säule stand 1982 bei 116 Milliarden Franken. Die 200-Milliarden-Marke wurde 1987 überschritten, inzwischen stehen wir bei 750 Milliarden. Gemessen am BIP hat sich das Vorsorgevermögen mehr als verdreifacht. Die 2. Säule war im Volk nie beliebt. Das zeigte sich, als die Senkung des Umwandlungssatzes mit über 72 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt wurde. «Anstelle der überhatet geschaffenen Legalquote» sollte ein «transparenter Mechanismus zur Aufteilung der Anlageergebnisse implementiert werden», schrieb vergangene Woche Avenir Suisse. Späte Erkenntnis. Aber lieber spät als nie.

MÄRCHENHAFTES VERMÖGEN. Nach geltendem Recht bestimmen die Versicherungen weitgehend selber, wie viel Gewinn auf dem Alterskapital sie den Versicherten weitergeben. Seit dem Beginn des gesetzlichen Zwangsparens mussten Aktionäre und BVG-Versicherte oft ohnmächtig zusehen, wie sich der Mehrwert ihrer Beteiligungen für Managersaläre, Boni, Goldene Fallschirme und Verwaltungskosten verflüchtigte. Manche Chefs und Pensionskassenverwalter – auch unfähige – gelangten zu märchenhaften Vermögen. Seit Ausbruch der Finanzkrise ist eine Gegenbewegung erkennbar: mehr Mitsprache für Aktionäre, eine Boni-Steuer und die Begrenzung der Honorare sind vom Parlament traktandiert.

Das überfällige Verbot von Retrozessionen (versteckten Provisionen für Vermögensverwalter) wurde mit der «Strukturreform» der 2. Säule im vergangenen März verabschiedet. Der Bundesrat hat nun den Verordnungsentwurf dazu veröffentlicht. Darin findet sich viel Gutes. Manche Kontrollen machen aber kleinen Pensionskassen das Leben unnötig schwer. Insider vermuten darin einen Angriff der Lebensversicherer auf die selbstständigen Sammelstiftungen. Es besteht Verbesserungspotenzial.

Mehr Wettbewerb und Transparenz in der 2. Säule ist dringend. Eine Verordnung muss nicht jeden Einzelfall regulieren, sondern Verantwortunglichkeiten und Sanktionen festlegen. Schlechte Gesetze – und nicht mangelnde Kontrolle – waren schuld, dass viele Versicherte Geld verloren. Im bankenfreundlichen Parlament standen die Schlupflöcher für versteckte Gebühren meterweit offen und kaum hatte das Bundesgericht endlich entschieden, fiel die Finna den Versicherten in den Rücken. Bleiben nun noch die Systemrisiken der 2. Säule: Anlagegnot, tiefe Zinsen, Inflationsrisiken, Staatsbankrotte. Der kürzlich verstorbene Basler Professor Gottfried Bombach warnte schon 1978 vor den Risiken gesetzlich verordneter Sparprozesse. Ersparnisse seien sinnvoll, wenn eine Wirtschaft wächst. Guthaben dann etwas wert, wenn die Schuldner produktiv wirtschaften. Bombach warnte heilsichtig, letztlich müsse dann der Staat zu Hilfe eilen, wenn sich Banken verspekulieren. Das Parlament liess sich damals von der Kritik aus dem Hörsaal nicht beeindruckt. Die mächtige Versicherungswirtschaft setzte das BVG durch.

DAS VORSORGEVERMÖGEN IM VERHÄLTNISS ZUM BIP



Steigerung. Die Guthaben der 2. Säule betragen 1970 41 Prozent des BIP, Ende 2007 standen sie bei 143 Prozent. Quelle: Bundesamt für Statistik/Grafik BaZ/reh

Unterstützt wurde sie vom Gewerkschaftsbund, denn die «Vergesellschaftung des Produktivvermögens» gehörte zum Zielkatalog der Arbeitnehmerverbände.

NICHT MEHR WERTHALTIG. In den 90er-Jahren sorgte der Zinssindefekt und die Börsenhausse für enormen Schub. Es gehörte zum guten Ton, die nach dem Umlageverfahren finanzierte AHV als unsolide anzuprangern. Ab 2000 geriet dann ausgerechnet die 2. Säule ins Schlittern. Sparen ist zwar eine Tugend, aber zu viel Sparen gefährdet die Wirtschaft. Wächst die Wirtschaft nicht, kommt es zu Immobilien-, Kredit- und Börsenblasen, die Anlagen sind nicht mehr werthaltig. Die Schweiz als Dienstleistungswirtschaft braucht weniger Spargelder denn je. Der Unternehmenssektor nimmt kaum Kredite auf, sondern finanziert sich aus dem eigenen Cashflow.

Schulden und Guthaben sind zwei Seiten derselben Medaille. Wenn sich niemand mehr verschuldet, kommt das Kapitaldeckungsverfahren ins Stottern. Seit Jahren exportieren wir Kapitalüberschüsse: 20 Milliarden Franken aus der 2. Säule, 40 Milliarden von Unternehmen und Haushalten. Die übrigen Länder geraten in eine Lage, die wir selber unbedingt vermeiden wollen: Sie verschulden sich, es entstehen Ungleichgewichte. Die Schweiz steht gut da – auf Kosten Dritter. Wie lange dieses Geschäftsmodell nachhaltig funktioniert, muss sich erst noch zeigen.



* Mit einem Mitterbericht kommentieren Regierungs- und Bundesräte die Geschäfte ihrer Kollegen. Rudolf Rechsteiner (1958) ist Ökonome und war Nationalrat (BS, SP) von 1995 bis 2010.